Altmaier will EEG-Umlage einfrieren. Der Bestandsschutz wackelt.

Deutschland versorgt Frankreich in Spitzenzeiten mit Solarstrom.

Nach der Niedersachsen-Wahl: Worauf die Politik aufbauen kann.

Energiegenossenschaft Odenwald investiert 25 Millionen Euro vor Ort.

Renews Januar 2013

Der Monatsrückblick der **Agentur für Erneuerbare Energien** informiert Sie kurz und bündig über aktuelle Entwicklungen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien. Falls Sie „Renews“ nicht länger erhalten wollen, können Sie sich **hier** abmelden.

Erneuerbare Energien in Politik & Wirtschaft

BUNDESUMWELTMINISTER ALTMAIER WILL EEG ÄNDERN

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) setzt sich für eine Neuregelung der EEG-Umlage ein. Er schlägt vor, noch vor der Bundestagswahl die EEG-Umlage 2014 auf ihrem diesjährigen Wert von 5,28 Cent pro Kilowattstunde einzufrieren. In den Folgejahren soll der Anstieg der Umlage auf maximal 2,5 Prozent begrenzt werden. Altmaier will mit seinem Vorschlag eine gesetzlich gedeckelte Fördersumme für Ökostrom etablieren. Dafür sieht Altmaier einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor: Besitzer von Bestandsanlagen sollen auf einen Teil der ihnen bei Baubeginn zugesicherten Vergütung verzichten (EEG-Soli von Betreibern). Besitzer von Neuanlagen können zukünftig ihre Vergütung erst zeitverzögert erhalten – je nach Füllstand des EEG-Kontos. Zudem sollen auch bisher von der EEG-Umlage befreite Anlagenbetreiber, die ihren Strom selbst verbrauchen, einen Anteil leisten. Außerdem plant Altmaier, die umfangreichen Ausnahme-Regelungen für energieintensive Unternehmen zu reduzieren und zu begrenzen. Ziel des Gesetzes sei es, steigende Haushaltsstrompreise zu verhindern. Weiterhin sei diese Neuregelung Voraussetzung dafür, eine grundlegende Reform des EEG in den kommenden Monaten zu erarbeiten. Die Reaktionen auf den Vorstoß waren so gemischt wie erwartbar. Während Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) die Pläne begrüßt und darüber hinaus eine schnelle Reform des EEG insgesamt fordert, brandmarkt die Opposition Altmaiers Vorschlag. Auch die Branche der Erneuerbaren Energien reagierte kritisch. Im Gegensatz zur etablierten Energiebranche, welche die Vorlage positiv aufnahm.

Mehr lesen: [BMU: Energiewende sichern – Kosten begrenzen. Vorschlag zur Einführung einer Strompreis-Sicherung im EEG. 28.01.2013.](#)

[Pressemitteilung des Bundesverbandes Erneuerbare Energie: Altmaiers Vorschläge bestrafen Energiewende-Investoren. 28.01.2013.](#)

TREIBHAUSGASAUSSTOSS SINKT VOR ALLEM WEGEN MILDEM WETTER

Der Treibhausgasausstoß in Deutschland ist 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Prozent gesunken. Das sind 27 Millionen Tonnen Emissionen weniger als 2010. Geringe Emissionen gab es vor allem bei Heizungen privater Haushalte. Der Rückgang sei allerdings in erster Linie witterungsbedingt, so das Umweltbundesamt (UBA) zu seinem aktuellen Inventarbericht. Für den UBA-Präsidenten Jochen Flasbarth ist daher klar: „Der EU-Emissionshandel müsste deutlich mehr Anreize für den Klimaschutz in Deutschland setzen.“ Der Bundesregierung empfiehlt er daher, in der EU darauf hinzuwirken, das EU-Emissionshandelsbudget anzupassen. Nur so gäbe es für Energiesektor und Industrie genug Anreiz, mehr in den Klimaschutz zu investieren. Bedenklich an den Daten des

Inventarberichts sei, dass die Emissionen des Verkehrssektors steigen. Insgesamt müsse das Europäische Klimaschutzziel von 20 Prozent auf 30 Prozent erhöht werden, so Flasbarth.

Mehr lesen: www.umweltbundesamt.de

Neu im Forschungsradar

ANALYSE, WELCHEN LEITIDEEN DER ZUKÜNFTIGE STROMMARKT FOLGEN SOLLTE

Wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehender und neu geplanter konventioneller Kraftwerke angesichts sinkender Preise auf dem Stromgroßhandelsmarkt haben seit geraumer Zeit eine Debatte über das zukünftige Design des Strommarktes ausgelöst. Die Frage steht im Raum, nach welchem Prinzip sich Erzeugungsanlagen zukünftig refinanzieren werden. Diese Frage betrifft aber nicht nur konventionelle, sondern auch Anlagen auf Basis Erneuerbarer Energien. Schon heute ist klar: Das bestehende Marktdesign bietet weder für neue erneuerbare, noch für fossile Kraftwerke oder Speicher genügend Investitionsanreize. An welchen Leitideen sich das Energieversorgungssystem orientieren sollte, in dessen Zentrum künftig fluktuierende Erneuerbare Energien stehen, erkundet die „Kompassstudie Marktdesign“, die der Bundesverband Erneuerbare Energie zusammen mit Greenpeace Energy und dem Institut für ZukunftsEnergieSysteme IZES Ende 2012 herausgegeben hat. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass sich das gesamte Versorgungs- und Marktsystem an die Erfordernisse der fluktuierenden Erneuerbaren Energien, Wind und Photovoltaik anpassen und entsprechend umgebaut werden muss. Regelbare erneuerbare und konventionelle Kraftwerke, Energiespeicher, das Stromnetz und die Stromnachfrage müssen sich an das schwankende Angebot von Wind und Sonne anpassen. Die steuerbaren Elemente des Stromsystems seien Flexibilitätsoptionen, denen die Aufgabe zukomme, die fluktuierenden Erneuerbaren Energien zu ergänzen und damit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Ein wesentliches Ergebnis der Studie ist, dass die fluktuierenden Erneuerbaren Energien und die verschiedenen Flexibilitätsoptionen im künftigen Marktdesign differenziert zu berücksichtigen seien. Zum einen halten die Autoren insbesondere für die fluktuierenden Erneuerbaren Energien weiterhin ein Vergütungssystem wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz für erforderlich, daneben erachten sie die Einführung von selektiven Kapazitätsmechanismen als perspektivisch notwendig. Letztere sollen die Bereitstellung von Kapazitäten zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch Erträge außerhalb des Energy-Only-Markts honorieren und so zur hinreichenden Deckung der Fixkosten von Stromerzeugungstechnologien, Energiespeichern sowie Demand-Side-Management-Maßnahmen beitragen. Weitere Ergebnisse der Studie lassen sich in einer Zusammenfassung nachlesen, welche die Redaktion des Forschungsradars Erneuerbare Energien erstellt hat.

Mehr lesen: www.energie-studien.de

Erneuerbare Energien im Spiegel der Medien

PIK FORDERT MEHR VERANTWORTUNG FÜR AKTIONÄRE

Schnee und Regen zu Temperaturen um den Gefrierpunkt machen Gehwege dieser Tage schnell zur Rutschpartie und damit zur Gefahrenquelle. Kommt ein Passant auf einem nicht geräumten Gehweg zu Fall und verletzt sich, kann er die Gemeinde oder den Hausbesitzer haftbar machen – denn Eigentum verpflichtet. Haftungspflicht ist ein gängiger Mechanismus, allerdings nicht in allen Lebensbereichen. Aktionäre zum

Beispiel haften nicht, wenn Unternehmen, deren Anteile sie halten, Umweltkatastrophen auslösen oder das Klima schädigen. Wie ein Artikel im Blog der ZEIT berichtet sehen der Chef des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung Hans-Joachim Schellnhuber und der niederländische Jurist Jérôme Dangerman darin ein große Problem: Mangelnde Verantwortung der Aktionäre für die Aktivitäten eines Unternehmens führe dazu, dass sich Konzerne selten auf einen nachhaltigen Pfad begeben. Da Investoren mit den Folgen ihres Handelns nicht konfrontiert würden, hielten sie tendenziell an erprobten Technologien fest. Als Beispiel werden von den Wissenschaftlern fossile Ressourcen angeführt, die nach wie vor die Energieversorgung dominieren, obwohl sie – im Gegensatz zu Erneuerbaren Energien – schädlich für Umwelt, Gesundheit und Klima sind. Weil externe Kosten keine Relevanz haben, hätten sich die fossilen Energieträger über Jahre hinweg für die Aktionäre als profitabel erwiesen. So gäbe es für sie keinen Handlungsbedarf, ihr Geld an anderer Stelle anzulegen. Wenn Aktionäre aber für die Schäden von Unternehmen haften müssten, würden sich Firmen über kurz oder lang umwelt- und klimafreundlicher verhalten, glauben die Wissenschaftler. Sie schlussfolgern daraus, dass es Zeit für eine Aktionärshaftung sei. Wie diese konkret ausgestaltet werden sollte, sei Aufgabe weiterer Forschung.

Mehr lesen: [ZEIT Blog: Ölkonzerne und andere Klimaschänder: Aktionäre in Haftung nehmen. 21.01.2013.](#)

DEUTSCHLAND VERSORGT FRANKREICH SICHER MIT SOLARSTROM

Wie vielfältig die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ist, zeigte in diesem Monat nicht nur die Feierlichkeit zum 50. Jubiläum des Elysée-Vertrags, sondern auch der Blick auf die Stromaustauschbilanz. Trotzdem Deutschland acht Atomreaktoren abgeschaltet hat und bereits über 20 Prozent der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen stammt, exportiert die Bundesrepublik netto mehr Strom ins Atomstromland Frankreich als sie von dort importiert. Unter dem Strich **fielen** für Frankreich insgesamt Importe von 8,7 Terawattstunden aus Deutschland an. Das **gehe** aus der Jahresbilanz 2012 des französischen Stromnetzbetreibers RTE hervor, welche die Onlineausgabe der Frankfurter Rundschau analysiert. Besonders interessant: Zu Spitzenzeiten sei der Strom aus deutschen Photovoltaikanlagen für Frankreich günstiger als aus seinen eigenen, reparaturanfälligen und damit oft überlasteten Atomreaktoren. Diese Entwicklung führe nun im Nachbarland zu einer öffentlichen Debatte über die Kosten von Atomkraft und Erneuerbaren Energien. Die Frankfurter Rundschau berichtet über die Bewertung der deutschen Energiewende durch das der Regierung unterstellte Zentrum für strategische Analysen. Dieses komme zu der Einsicht, der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland sichere nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die energetische Unabhängigkeit des Landes.

Mehr lesen: [Frankfurter Rundschau Online: Frankreich braucht deutschen Strom. 24.01.2013.](#)

ÖKOSTROM ALS INVESTITION IN DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTSKRAFT

Mit einem kernigen, auf den Punkt gebrachten Gastkommentar bringt sich die Wissenschaftlerin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in die stets aktuelle Debatte um die Kosten der Energiewende ein. In der Bild am Sonntag kritisiert sie scharf, dass Ökostrom derzeit für Managementfehler der vergangenen Jahrzehnte zum Sündenbock gemacht werde. Interessant ist Kemferts eigener Ansatz für eine effiziente „Strompreisbremse“ und ihr Fazit: „Ökostrom ist allemal billiger als die Milliardengräber der Kernkraft und dazu eine Investition in Deutschlands Wirtschaftskraft.“

Mehr lesen: [Bild am Sonntag Online: Sündenbock Ökostrom! 27.01.2013.](#)

Erneuerbare Energien in den Ländern

NIEDERSACHSEN – DEUTSCHER MEISTER BEI BIOGAS, WIND UND FORSCHUNG

Nach einer spannenden Wahl steht in Niedersachsen ein Regierungswechsel an. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien kann die neue rot-grüne Landesregierung auf einer guten Grundlage weiter vorantreiben. Einige Beispiele: Das zweitgrößte Bundesland hatte 2011 im nationalen Vergleich die höchste Stromproduktion aus Biogas (4.190 Millionen Kilowattstunden). Eine Spitzenposition nimmt Niedersachsen auch bei der Windenergie ein. 5.483 Windenergieanlagen, ein Viertel aller deutschen Anlagen, stehen zwischen Ostfriesland und dem Harz. Sie speisten 2010 rund 9.200 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom ins Netz. Zu 27,7 Prozent hat das Bundesland sein Windstrompotenzial zwar schon ausgereizt. Es besteht aber immer noch Luft nach oben. Positive Entwicklungen gab es bisher auch im Wärmesektor. Die Wärmeerzeugung aus Solarthermie nimmt von Jahr zu Jahr kräftig zu. Sie stieg von 382 Millionen kWh im Jahr 2008 auf 532 Millionen kWh im Jahr 2011. Auch in einigen Disziplinen des Verkehrssektors ist das Bundesland im nationalen Vergleich sehr gut aufgestellt: 84 Bioethanoltankstellen (Platz 1) und 33 Pflanzenöltankstellen (Platz 3) versorgen Fahrzeuge mit klimaschonenden Kraftstoffen. Nicht zuletzt investiert Niedersachsen auch kräftig in die Weiterentwicklung der Erneuerbaren-Energien-Technologien. Im Jahr 2010 floss mit 15,1 Millionen Euro das meiste Geld in die Forschung.

Zu diesen und vielen weiteren Daten bietet das Portal www.foederal-erneuerbar.de auch übersichtliche Karten und Infografiken an.

Mehr lesen: www.foederal-erneuerbar.de

Erneuerbare Energien in den Kommunen

ENERGIEGENOSSENSCHAFT INVESTIERTE 25 MILLIONEN EURO VOR ORT

Die Menschen im südhessischen Odenwaldkreis nehmen den Umbau ihrer Energieversorgung selbst in die Hand. Fünfzehn Gemeinde und Städte sowie regionale Unternehmen haben dafür die Energiegenossenschaft Odenwald Anfang 2009 ins Leben gerufen. Sie setzt sich für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Einlagen von bisher rund fünf Millionen Euro ermöglichten die Realisierung vieler Projekte: Insgesamt erzeugen 70 Photovoltaik- und zwei Windkraftanlagen im Jahr rund 17,3 Millionen Kilowattstunden Strom – genug für die Versorgung von rund 4.500 Haushalten. Das Netzwerk der Genossenschaft koordiniert den Wissenstransfer und unterstützt seine Partner dabei, Projekte auf den Weg zu bringen sowie Fördermittel zu akquirieren. Um die heimische Wirtschaft zu fördern, vergibt die Energiegenossenschaft nach Möglichkeit Aufträge ausschließlich an regionale Firmen. In den vergangenen vier Jahren wurden Investitionen von 25 Millionen Euro in der Region getätigt. Regionale Handwerksbetriebe erhielt mehr als 1.000 Aufträge über die Plattform der Energiegenossenschaft. Dadurch wurde ein Auftragsvolumen von 6,5 Millionen Euro vor Ort gehalten. Das gemeinsame Ziel der Gemeinden ist es, den Energieproduktionsstandort weiterzuentwickeln und das Wachstumspotenzial der Erneuerbaren Energien auszuschöpfen.

Mehr lesen: www.kommunal-erneuerbar.de

BERLINER VOLKSBEGEHREN FÜR BÜRGEREIGENES STADTWERK GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE

Rekommunalisierung liegt im Trend: Derzeit prüft eine Vielzahl von Städten, ob sich der Wiedereinstieg in das operative Geschäft der Ver- und Entsorgung lohnt. Insbesondere geht es um die Energieversorgung bzw. die Gründung oder der Rückkauf von Stadtwerken. Auch in der Hauptstadt Berlin steht das Thema ganz oben auf der Agenda. Denn Ende 2014 läuft der Konzessionsvertrag über die Stromnetze zwischen dem Land Berlin und dem derzeitigen Energieversorger Vattenfall aus. Für den Berliner Energietisch, einem Zusammenschluss von 40 lokalen Initiativen, ist das der Anlass, sich für ein bürgereigenes Stadtwerk zu engagieren, das Energie in Zukunft mithilfe dezentraler Anlagen auf Basis Erneuerbarer Quellen erzeugt. Das Bündnis hat dazu einen eigenen Gesetzestext erarbeitet, über den die Bürger per Volksentscheid abstimmen sollen. Damit ein Volksentscheid möglich wird, muss vorerst ein Volksbegehren erfolgreich verlaufen. Dazu werden bis 10. Juni 2013 mindestens 173.000 Unterschriften benötigt. Wird diese Hürde überwunden, gibt es am Tag der Bundestagswahl im September einen Volksentscheid darüber, ob Berlin sein Stromnetz wieder in die eigene Hand nimmt.

Mehr lesen: www.berliner-energietisch.net

Erneuerbare Energien im Buchregal

BLEIBT DIE ERNEUERBARE ENERGIE GRÜN?

Wenn die Energieträger Öl und Kohle verbraucht sind, wird die Bevölkerung trotzdem mobil sein und Elektrizität verbrauchen. Welche Techniken dann eine Reise von New York nach Boston ermöglichen oder welche Energiequelle zukünftig Serverräume der Suchmaschinen versorgt, ergründet Robert B. Laughlin in seinem 400 Seiten schweren Buch „Der letzte macht das Licht aus“. Dabei zeigt der amerikanische Physiknobelpreisträger die Vor- und Nachteile der verschiedenen Techniken auf und diskutiert sie. Ein Beispiel: Laughlin kritisiert die mangelnde Umweltverträglichkeit der Batterietechnik von Elektrofahrzeugen und stellt sie anderen Techniken wie Flüssigsalzspeicher oder Pumpspeicher gegenüber. Die Grundthese des Physikers lautet: Global gesehen wird sich stets die billigste Energieerzeugungsform durchsetzen. Laughlin zweifelt gleichzeitig daran, dass Energiepreise zukünftig auch externe Kosten abbilden werden. Daraus ergibt sich in seinem Buch zum einen leider eine verkürzte Darstellung der externen Kosten konventioneller Energien, zum anderen eine trübe Perspektive für die Erneuerbaren: Grundsätzlich seien sie in Kombination mit Speichersystemen zwar in der Lage, die Energieversorgung zu sichern. Allerdings setzen sie sich aufgrund ihrer Kosten volkswirtschaftlich erst in ferner Zukunft durch. In dieser Argumentation offenbart sich Laughlins nordamerikanischer Hintergrund, denn seine Darstellung lässt zum Beispiel die Erkenntnis der EU-Energy Roadmap 2050 – schon mittelfristig seien die Erneuerbaren Energien die volkswirtschaftlich günstigere Energieform – außer Acht. Trotz der in manchen Punkten einseitigen Sichtweise ist die Lektüre an anderen Stellen spannend, denn der Autor vermittelt im Text wie im sehr ausführlichen Quellenapparat viele Informationen über verschiedenste Themen wie geologische Zeitalter, die Zusammensetzung von fossilen Brennstoffen oder die Stabilität der US-amerikanischen Versorgungsnetze.

Robert Laughlin:

Der Letzte macht das Licht aus: Die Zukunft der Energie.

Piper, 2012

400 Seiten

22,99 Euro

ISBN 978-3492054676

Mehr Infos:

www.piper-verlag.de/sachbuch/buch.php?id=18781

Infos & Termine

ANTEIL DER ERNEUERBAREN AN WÄRMEVERSORGUNG STEIGT LEICHT

Erneuerbare Wärme kann mit unterschiedlichen Energiequellen produziert werden, etwa durch Geothermie, Solarthermie oder Biomasse. Zusammengenommen trugen diese Erneuerbaren Energien im Jahr 2011 einen Anteil von 10,4 % zum deutschen Wärmeverbrauch bei. (2010: 10,3 Prozent). Mehr als drei Viertel der erneuerbaren Wärmebereitstellung stammte aus Biomasse, davon hauptsächlich aus fester Biomasse (Holz, Bioabfall). Die Nutzung Erneuerbarer Energien im Wohnbestand und Neubau reduziert nicht nur die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, sondern schafft auch eine Absicherung gegen weiter steigende Wärmekosten. Mit Erneuerbaren Energien kann das Haus sogar selbst zum Kraftwerk werden. Wie das funktioniert, wird Thema am Stand der Agentur für Erneuerbare Energien auf der ISH 2013 sein.

12.-16.03.2012 **ISH 2013**

Leistungsschau für innovatives Baddesign, energieeffiziente Heizungs- und Klimatechnik und erneuerbare Energien
Frankfurt am Main

Info: <http://ish.messefrankfurt.com>

4.-7.02.2013 **EWEA**

Messe
Wien, Österreich

Info: www.ewea.org/annual2013

5.-7.02.2013 **E-World**

Messe
Essen

Info: www.e-world-2013.com

14.02.2013 **Regionalkonferenz: 3. Stadtwerketag Bayern - Wie kann die Energiewende im Freistaat gerettet werden?**

Konferenz
München

Info: www.forum-institut.de

- 20.-21.02.2013 **Seminar Wind im Wald - Projektierung, Betrieb und Akzeptanz Seminar**
Berlin
Info: www.bwe-seminare.de
- 19.-20.02.2013 **Internationaler Agrarholzkongress 2013**
Kongress
Berlin
Info: www.fnr.de/Agrarholz_2013
- 26.-27.02.2013 **smart renewables 2013**
Kongress
Berlin
Info: www.smart-renewables.de
- 27.-28.02.2013 **Forum Biogene Abfälle und Reststoffe**
Forum
Hamburg
Info: www.ttz-bremerhaven.de
- 27.02.-1.03.2013 **Internationale wissenschaftliche Konferenz „Micro Perspectives for Decentralized Energy Supply“**
Konferenz
Berlin
Info: www.microenergysystems.tu-berlin.de/conference/

Kurzschluss

WEN DER HAFER STICHT

Energiepflanzen dienen mal wieder als Sündenbock für steigende Endverbraucherpreise. Während im Jahr 2007, als der Brauerbund steigende Bierpreise ankündigte, noch alle Deutschen betroffen schienen, müssen sich in diesem Jahr „nur“ die LOHAS fürchten, also Konsumenten mit Bedacht auf Gesundheit und Nachhaltigkeit: Wegen des vermehrten Energiepflanzenanbaus in Europa werde der Hafer knapp, so dass schon bald die Preise für Haferflocken und Müslis steigen könnten. Nachdem bereits die Behauptung „Biosprit lässt Afrikaner hungern“ polarisierte, ist die These „Biosprit macht Müsli teuer“ in der deutschen Öffentlichkeit emotional sicherlich genauso wirksam. Allerdings gibt es für beide Ansätze keine belastbare Grundlage. Derzeit sind nur rund 12 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen mit Bioenergie belegt. Außerdem fließen von einem Euro, der für ein Getreideprodukt wie Brot ausgegeben wird, durchschnittlich nur vier Cent für das Getreide an den Landwirt. Bei Müsli, Bier und anderen Produkten sieht es ähnlich aus. Allenfalls dürfte der steigende Haferpreis eine sehr schwache Preisanhebung bei Müsli rechtfertigen. Allerdings zeigt das Beispiel Bier, dass es in der Praxis oft anders läuft: Im Sommer 2009 lagen die Erzeugerpreise für Braugerste wieder rund 50 Prozent unter dem Preisniveau vor Beginn des Preisanstiegs von 2007, der Anlass für die Bioenergie-Kritik des Brauerbundes war. Trotzdem sich die Lage also entspannte, halbierten sich die Bierpreise nicht. Angesichts dieser Vorgeschichte drängt sich eine düstere Prognose auf. Mit den angekündigten Preissteigerungen ist zu rechnen. Sich zukünftig entspannende Marktpreise werden allerdings weniger deutlich den Endverbraucherpreis beeinflussen. Darauf lässt sich nicht mehr viel sagen, außer vielleicht: Welcher bewusste Genießer braucht zum Feierabendbier auch noch Müsli?

IMPRESSUM

Herausgeber:

Agentur für Erneuerbare Energien e.V.

Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin

Tel.: 030-200 535-45

Fax: 030-200 535-51

E-Mail: kontakt@unendlich-viel-energie.de

Internet: www.unendlich-viel-energie.de

Redaktion: Alena Müller, Johannes Katz, Clemens Nawroth, Magnus Maier

V.i.S.d.P.: Philipp Vohrer

Die Agentur für Erneuerbare Energien e.V. wird getragen von Unternehmen und Verbänden aus der Branche der Erneuerbaren Energien und gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Ihre Aufgabe ist es, die wichtigsten Vorteile einer nachhaltigen Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien zu kommunizieren. Diese sind vor allem: Versorgungssicherheit, Innovationen, Beschäftigungszunahme, Exportpotenzial, dauerhaft Kosten senkende Energieversorgung, Klimaschutz und Ressourcenschonung. Die Agentur für Erneuerbare Energien arbeitet bundesweit partei- und gesellschaftsübergreifend.